ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ehrenberg, Herbert

Article — Digitized Version

Die Standortdebatte jenseits der gesamtwirtschaftlichen Fakten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ehrenberg, Herbert (1995) : Die Standortdebatte jenseits der gesamtwirtschaftlichen Fakten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 7, pp. 366-370

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/137260

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Herbert Ehrenberg

Die Standortdebatte jenseits der gesamtwirtschaftlichen Fakten

Im Mittelpunkt der aktuellen Standortdebatte steht die Sorge um überhöhte Löhne und eine steigende Belastung der Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben. Dr. Herbert Ehrenberg analysiert diese zentralen Argumente der Standortdebatte vor dem Hintergrund der empirischen Entwicklung seit Beginn der siebziger Jahre.

Mit dem Überschreiten der Zwei-Millionen-Grenze bei der Arbeitslosenzahl in den achtziger Jahren begann eine breite Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland, verbunden mit einer massiven Kritik des Sozialstaates. Den sozialen Leistungsansprüchen und der Lohnpolitik wird auf breiter Front eine Schlüsselrolle für die notwendige Verbesserung der Beschäftigungslage zugewiesen: Lohnzurückhaltung, Möglichkeiten der Beschäftigung unterhalb des Tarifniveaus und Kürzungen sozialer Leistungen bilden die Kernpunkte einer breit aufgefächerten Forderungspalette, um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Ihr offizielles Dokument fand die Standortdebatte im September 1993 in dem „Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland". Konsequenzen wurden dann mit dem Standortsicherungsgesetz gezogen, das ab 1. Januar 1994 eine Senkung der Körperschaftsteuer von 50% auf 45% und des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einkommen von 53% auf 47% enthielt. Gleichzeitig wurden unter anderem die Zahlungen an Arbeitslose um bis zu sechs Prozentpunkte gekürzt. Dieser Bonner Auftakt führte aber nicht zu einer Beruhigung in der Standortdebatte, sie nahm im Gegenteil an Schärfe zu. Der „Umbau des Sozialstaates" wurde immer häufiger gefordert, und oft war „Abbau" gemeint. So forderte z.B. der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, Kürzungen sozialer Leistungen „von der Sozialhilfe bis zum Rentensystem. Die Eingriffe müssen so umfassend sein, daß im Ergebnis jeder davon betroffen sein wird."[1] Und Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann verlangte von den Gewerkschaften eine Orientierung der Lohnforderungen am realen Wachstum, wobei von dieser Rate noch die „Transferkosten der deutschen Einheit" und die Investitionen in neue Arbeitsplätze abzuziehen seien[2].

Dr. Herbert Ehrenberg, 68, ist Bundesminister a.D.

Diese und ähnliche Forderungen können sich auf den Standortbericht der Bundesregierung[3] beziehen, wo unter anderem festgestellt wird, daß

- durch den „Anstieg der Ansprüche an Staat und Wirtschaft" die „Leistungsfähigkeit der Wirtschaft" in „einem gefährlichen Verteilungsstreit" zunehmend „überfordert" wurde und
- die Deutschen sich „äußerst kurze Arbeits- und Maschinenlaufzeiten" leisten, dabei aber „hohe Löhne" gezahlt werden.

Daher wird gefordert, „durch Umbau der Systeme sozialer Sicherung ihre finanziellen Leistungen mit dem gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögen in Einklang zu halten".

Die Bundesbank zielt in die gleiche Richtung, wenn sie feststellt, daß „ohne weitere spürbare Korrekturen" das gegenwärtige Rentenversicherungssystem nicht „durchgehalten werden kann"[4]. Und ihre wiederholten Appelle zu „maßvoller Lohnpolitik" werden im Frühjahr 1995 konkretisiert zu der Wunschvorstellung einer Reallohnentwicklung, „die deutlich hinter dem trendmäßigen Produktivitätswachstum zurückbleibt"[5].

Als Fazit der Standortdebatte kann festgehalten werden: Wenn die Gewerkschaften einsichtig genug sind, den lohnpolitischen Empfehlungen von Herrn Murmann bis zur Deutschen Bundesbank zu folgen, und es parlamentarische Mehrheiten für weitere Kürzungen sozialer Leistungen gibt, nur dann ist mittelfristig ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage zu erwarten.

In der deutschen Öffentlichkeit wird über die Schwierigkeiten diskutiert, diese Vorschläge durchzu-

[1] Stern Nr. 26/94.

[2] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. September 1994.

[3] Bundestags-Drucksache 12/5620.

[4] Deutsche Bundesbank: Monatsbericht März 1995, S. 29.

[5] Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1994, S. 46.

setzen, die dahinter stehenden ökonomischen Vorstellungen werden allerdings kaum in Frage gestellt. Aber der bescheidene Aufschwung 1994/95 bekommt seine Schubkraft vor allem durch die kräftig gestiegenen Exportaufträge, und die werden nicht durch Lohnkosten, sondern durch den überhöhten DM-Kurs bedroht. Auch drängt sich jeden Monat neu die Frage auf, wie die rückläufigen Einzelhandelsumsätze bei schwacher Entwicklung der Massenkaufkraft wieder zu positiven Tendenzen kommen sollen.

Wer die vielen Beiträge zur Standortdiskussion nach empirischen Belegen durchforscht, wird selten fündig. Weder die „überhöhte" Unternehmensbesteuerung noch die gestiegenen „Ansprüche an Staat und Wirtschaft" werden mit Fakten untermauert. Auch die neoklassischen Formeln „steigende Gewinne = steigende Investitionen" und „zurückbleibende Löhne = sinkende Arbeitslosigkeit" existieren nur als Behauptungen; Belege aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gibt es nicht. Aus einem Periodenvergleich über größere Zeiträume ergeben sich zwar Zusammenhänge zwischen Lohn-, Beschäftigungsentwicklung und Investitionstätigkeit, aber keineswegs eindeutig in der Richtung, wie sie in der Standortdebatte dargestellt werden.

In Tabelle 1 werden die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Verteilungsgrößen und die Investitionsentwicklung in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren gegenübergestellt. Die Ergebnisse bringen keine Bestätigung der gängigen Thesen der Standortdebatte; sie geben im Gegenteil Anlaß, viele der Forderungen von Bundesregierung, Bundesbank und Wirtschaftsverbänden ökonomisch in Frage zu stellen.

In den siebziger Jahren lag der Anstieg der Nettolohn- und Gehaltssumme knapp unter der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts, die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen blieben um mehr als ein Drittel hinter der Sozialproduktsentwicklung zurück. Der Investitionstätigkeit schadete dies aber keineswegs, die Anlageinvestitionen stiegen sehr viel stärker als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, ihr Zuwachs lag nahe bei der Lohnentwicklung.

In den achtziger Jahren dagegen lag der Anstieg der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um fast ein Drittel über der Zuwachsrate des Sozialprodukts, die Nettolohn- und Gehaltssumme blieb um mehr als die Hälfte hinter dem Zuwachs der Gewinn- und Vermögenseinkommen zurück. Der Anstieg der Anlageinvestitionen blieb in der Nähe der Lohnentwicklung, ihre Zuwachsrate war fast um die Hälfte niedriger als die der Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Das Bild der achtziger Jahre wiederholt sich (grob) in der ersten Hälfte der neunziger Jahre: Auch hier liegt der Zuwachs der Unternehmens- und Vermögenseinkommen über dem Anstieg des Bruttosozialprodukts, die Investitionen bleiben um knapp ein Viertel, die Nettolöhne und -gehälter noch wesentlich stärker hinter der Gewinnentwicklung zurück.

Der Zuwachs bei den sozialen Geldleistungen an private Haushalte (Transfereinkommen) blieb in den achtziger Jahren weit hinter der Sozialproduktsentwicklung zurück, noch mehr hinter dem Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Von 1989 bis 1994 lag der Zuwachs der Sozialeinkommen knapp über der Wachstumsrate des Sozialprodukts (trotz Leistungskürzungen, bedingt durch den steilen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und der Sozial-

Tabelle 1

Periodenvergleich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung[1]

	1969	1979	1989	1994
Bruttosozialprodukt (in Mrd. DM)	597,8	1393,8	2249,1	2945,3
Zuwachs in %		133,2	61,4	31,0
Anlageinvestitionen (in Mrd. DM)	138,9	301,3	448,5	564,1
Zuwachs in %		116,9	48,9	25,8
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (in Mrd. DM)	123,4	224,6	426,3	568,7
Zuwachs in %		82,0	89,8	34,7
Nettolohn- und Gehaltssumme (in Mrd. DM)	206,5	472,4	671,5	813,5
Zuwachs in %		128,8	42,2	21,1
Soziale Geldleistungen an private Haushalte (in Mrd. DM)	86,5	249,8	385,8	510,0
Zuwachs in %		188,7	54,4	32,2
Beschäftigte Arbeitnehmer in 1000	21 752	23 472	24 750	25 230
Zuwachs in 1000		1 720	1 278	477
Arbeitslosenzahl in 1000	179	876	2 038	2 556
Zuwachs in 1000		696	1 162	518

[1] Alle Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet West.

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1994, Bonn, Mai 1994; und dasselbe: Arbeits- und Sozialstatistik 1950 - 1990, Bonn, Januar 1992; für 1994: Frühjahrsgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute, DIW-Wochenbericht 15/95.

hilfeempfänger), aber etwas unter dem Anstieg der Gewinn- und Vermögenseinkommen. In den siebziger Jahren dagegen übertraf der Zuwachs bei den Sozialtransfers den Anstieg des Bruttosozialprodukts um mehr als ein Drittel.

Lohnzuwächse und Arbeitsmarktlage

Nach den neoklassischen Formeln und den in der Standortdebatte auch von Bundesregierung und Bundesbank immer wieder erhobenen Forderungen müßte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der siebziger Jahre sich verheerend auf die Beschäftigung ausgewirkt haben, während nach diesen Regeln das Zurückbleiben der Löhne und Sozialtransfers hinter dem Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den achtziger und neunziger Jahren positiv für die Beschäftigungslage sein müßte.

Das Gegenteil war der Fall: Tabelle 1 zeigt für das Jahrzehnt von 1969 bis 1979 einen ähnlich starken Beschäftigungsanstieg wie in den letzten anderthalb Jahrzehnten *und* eine Verdreifachung der Arbeitslosenzahl seit 1979. Das Zurückbleiben der Lohn- und Sozialeinkommen gegenüber den Gewinn- und Vermögenseinkommen seit 1980 hat die Arbeitsmarktlage nicht verbessert, die sehr viel stärkeren Lohnzuwächse in den siebziger Jahren hinterließen eine sehr viel günstigere Arbeitsmarktlage. (Von 1960 bis 1969 gab es vergleichbare Entwicklungen: Bei etwa gleicher Relation zwischen Lohn- und Gewinneinkommen wie in den siebziger Jahren stiegen die Anlageinvestitionen in etwa parallel zum Sozialprodukt, die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,5 Mill., die Arbeitslosenzahl bewegte sich zwischen 147000 und 459000.)

Post-Stabilization Problems and Ongoing Reforms in Latin America

Symposium organized by the Ibero-America Institute for Economic Research (IAI)
of the Georg-August Universität Göttingen
Date: November 3-4, 1995. Location: Göttingen, Max-Planck Institute, Hermann-Rein-Str. 3

3 November 1995, 9am – 12am and 2pm – 6pm

1. **Eduardo Lizano** (Academia de Centroamérica, San José, Costa Rica).
   Survey of Reforms in Latin America
2. **Patricio Meller** (CIEPLAN, Chile).
   Trade Policy Challenges – The Chilean Case
3. **Roque Fernandez** (president of the Central Bank of Argentina).
   Monetary Policy, Exchange Rates, Foreign Trade and Industrialization in Argentina
4. **Helmut Hesse** (president of the Land Central Bank in Bremen, Lower Saxony and Saxony-Anhalt and member of the Bundesbank Council).
   Problems of Monetary Policy in Latin America
5. **Sebastian Edwards** (University of California, Los Angeles, USA).
   Exchange Rate Regimes, Capital Flows and Macroeconomic Stability: a Comparison of Chile and Mexico

4 November 1995, 9am – 2pm

6. **Leonardo Auernheimer** (Texas A&M University, College Station, USA).
   Good Governance, Lean Governments
   or: Reforming the State while Cutting Public Expenditures?
7. **Hermann Sautter and Rolf Schinke** (IAI, University of Göttingen).
   Poverty Alleviation and the Social Costs of Economic Reforms
8. **John Williamson** (Institute for International Economics, Washington DC, USA).
   Will Latin American Reforms Prove to be Sustainable?

Conference fee: DM 200 (regular), or DM 100 (universities and development research institutes), special discounts available for students. Registration: Please write to the Ibero-America Institute for Economic Research, c/o Mrs. von Schierstädt, Gosslerstr. 1B, 37073 Goettingen, stating your name, affiliation, and title. Registration will be confirmed upon receipt of the conference fee, payable by October 15 to the Regierungsbezirkskasse Braunschweig, ref.no. 11963-0-11 (IAI), account no. 811 703 at Nord LB Braunschweig, BLZ: 250 500 00. For further information, please contact Mrs. von Schierstädt (IAI), Tel.: (0551) 39 8172, Fax: (0551) 39 8173. See also the IAI home page on the internet: http://www.gwde.de/ibero/home.

Tabelle 2
Verteilung des Volkseinkommens

	1979		1989		1994	
	in Mrd. DM	in % des Volkseinkommens	in Mrd. DM	in % des Volkseinkommens	in Mrd. DM	in % des Volkseinkommens
Volkseinkommen	1 084,0	100,0	1 738,1	100,0	2 197,0	100,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	794,6	73,3	1 221,9	70,3	1 554,0	70,7
Nettolohn- und Gehaltssumme	472,4	43,6	671,6	38,6	813,5	37,0
Differenz a	322,2	29,7	550,3	31,7	740,5	33,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	289,4	26,7	516,2	29,7	643,0	29,3
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	224,6	20,7	426,3	24,5	568,7	25,9
Differenz b	64,8	6,0	89,9	5,2	74,3	3,4

Differenz a = Summe der Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern. Differenz b = Direkte Steuern und ähnliche Abgaben.

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1994, Bonn, Mai 1994; und dasselbe: Arbeits- und Sozialstatistik 1950 - 1990, Bonn, Januar 1992; für 1994: Frühjahrsgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute, DIW-Wochenbericht 15/95.

Der Vergleich der Lohn- und Beschäftigungsentwicklung in verschiedenen Perioden widerlegt auch die Aussage der Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht 1994: „Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß zwischen Reallohnzuwächsen und Beschäftigungssteigerungen ein enger Zusammenhang besteht"[6], jedenfalls, wenn man wie die Bundesbank davon ausgeht, daß eine geringe Lohnsteigerung positiv auf die Beschäftigung wirkt. Der Periodenvergleich in der Tabelle 1 zeigt eher das Gegenteil, und dies gilt auch, wenn man statt der nominalen Größen die Reallohnentwicklung verschiedener Perioden vergleicht: Parallel mit der positiven Beschäftigungsentwicklung der sechziger und siebziger Jahre stiegen die Nettorealverdienste je beschäftigten Arbeitnehmer in jedem Jahr (mit Ausnahme von 1976 mit einem Rückgang zum Vorjahr um 0,1%). Dann folgten fünf Jahre mit jeweils rückläufigen Nettoreallöhnen; bis 1985 kam es zu einem Rückgang von insgesamt 5,6%. Entgegen der Argumentationskette der Bundesbank stieg die Beschäftigtenzahl aber nicht, sondern sank in diesem Zeitraum um 338000.

Diesem Jahrfünft folgten vier Jahre mit kräftigen Reallohnsteigerungen (bei einem Rückgang um 0,8% im Jahre 1989). Insgesamt lagen 1990 die Nettoreallöhne um 12,8% über dem Niveau von 1985, die Beschäftigung stieg um 1,9 Mill. Von 1990 bis 1994 sanken dann die Nettorealverdienste um 4,5%, die Beschäftigtenzahl ging um 230 000 zurück, das Arbeitslosenniveau erreichte die Rekordmarke von 2556000.

Die Reallohnentwicklung und die parallel in der gleichen Richtung verlaufende Beschäftigungsentwicklung könnten auf der anderen Seite dazu verleiten, die alte „Kaufkrafttheorie des Lohnes"[7] aus der Schublade zu holen. Das wäre in umgekehrter Richtung eine ebenso grobe Vereinfachung der komplizierten Zusammenhänge zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung, wie sie die Bundesbank mit ihrer einseitigen Auslegung vornimmt. Hier kommt den Wirtschaftswissenschaften die große Aufgabe zu, diese für die Wirtschaftsentwicklung zentrale Frage ohne verteilungspolitische Vorbehalte gründlich zu untersuchen.

Steigende Belastung der Unternehmen?

Tabelle 2 zeigt die Verteilung des Volkseinkommens seit 1979 und mißt die Entwicklung der für die Einkommenslage der gesellschaftlichen Gruppen relevanten Größen anhand der Anteile der jeweiligen Nettoeinkommen am Volkseinkommen. Der Verlauf dieser Entwicklungsreihen zeigt, daß den meisten Teilnehmern an der Standortdiskussion entweder

☐ die unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Verteilungsaggregate nicht bekannt ist oder

[6] Ebenda.

[7] Hervorzuheben sind hier aus der breiten Diskussion ab Mitte der zwanziger Jahre: Karl Massar: Lohnpolitik und Wirtschaftstheorie, Tübingen 1932; Fritz Tarnow: Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik, Berlin 1926. Tarnows oft zitierte Feststellung vom „volkswirtschaftlichen Selbstmord aus Dummheit", der vollzogen würde, wenn eine steigende Produktion auf eine zu geringe Kaufkraft bei den verbrauchsfreudigen Schichten träfe, müßte eigentlich vom Einzelhandel bestätigt werden.

□ daß wider besseres Wissen ständig Behauptungen über Gefährdungen der Wettbewerbsfähigkeit durch Überforderungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch zu hohe Löhne und Sozialeinkommen aufgestellt werden.

Im hier gewählten Ausgangsjahr 1979 gab es ein reales Wirtschaftswachstum von 4%, einen Beschäftigungszuwachs gegenüber dem Vorjahr um 511000, und 876000 Personen waren arbeitslos, ein Drittel des heutigen Niveaus. Wenn die Klagen aus der Standortdebatte den Fakten entsprechen würden, müßte sich von dieser – aus heutiger Sicht glänzenden – Ausgangslage her der Anteil der Unternehmenseinkommen am Volkseinkommen kräftig vermindert, der Lohnanteil entsprechend erhöht haben.

Auch hinsichtlich der häufig angeführten ständig steigenden Last der Unternehmensbesteuerung spricht der empirische Befund eine deutliche Sprache: 1979 hatten die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einen Anteil am Volkseinkommen von 20,7%, 1994 betrug er 25,9%. Im gleichen Zeitraum verminderte sich der Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme von 43,6% auf 37,0%. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen wurde bei den Arbeitnehmern größer, bei den Unternehmern kleiner; d.h., die Arbeitnehmer wurden einer immer stärkeren Abgabenbelastung unterworfen, bei den Unternehmen nahm der Anteil ihrer Steuerlast am Volkseinkommen von 6,0% auf 3,4% ab, bei den Arbeitnehmern stieg der Anteil ihrer Abgaben von 29,7% auf 33,7%.

Nun gibt es an der Aussagekraft aller Quotenrechnungen große Zweifel[8], aber ein Faktum ist nicht wegzudiskutieren: Wenn es den Unternehmen 1979 bei einem von ihnen aufzubringenden Steueranteil von 6% des Volkseinkommens gut ging – und dies beweist allein die Investitionstätigkeit: 1979 lag die Summe der Anlageinvestitionen um 58,9 Mrd. DM über der des Jahres 1977, 1994 war sie um 29,5 Mrd. DM niedriger als 1992 – dann kann im Jahre 1994 ein Anteil von 3,4% nicht erdrückend sein.

Die Minderung des Steueranteils der Unternehmen von 1979 bis 1994 um 43,3% erscheint vor dem Hintergrund der Standortdebatte so unglaubhaft, daß diese Entwicklung hier noch mit Daten aus der Steuerstatistik belegt werden soll: 1979 betrug der Anteil der Summe aus veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuern am gesamten Einkommensteueraufkommen 39,8%, im Jahre 1994 waren es trotz des kräftigen Anstiegs der Kapitalertragsteuern durch den Zinsabschlag nur noch 23,8%[9].

Nun führen die Wirtschaftsverbände bei den Belastungsrechnungen eine Vielzahl von Abgaben an, vor allem die Gewerbesteuer, die Vermögensteuer und die Lohnnebenkosten. Aber all diese Belastungen und die Abschreibungen sind bei der Berechnung des Volkseinkommens (d.h. des Nettosozialprodukts zu Faktorkosten) schon berücksichtigt bzw. vorher abgezogen. (Und selbst, wenn man – systemwidrig – die Gewerbesteuer, 1994 = 44,1 Mrd. DM, dem Faktor Unternehmertätigkeit und Vermögen hinzurechnet, erhöht sich der Anteil am Volkseinkommen auf 5,5%, während dieser Wert 1979 noch bei 8,6% lag.)

Neue Standortdebatte

Wenn sich aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung *und* aus der Steuerstatistik ergibt, daß die Abgabenlast der Unternehmen – bezogen auf das jeweilige Volkseinkommen – wesentlich geringer ist als 1979, muß die Standortdebatte eine neue Qualität bekommen. Das Gewicht der Stimmen, die in Deutschland ein innovationsfreudiges, kreatives Management vermissen, wird größer, und die Politik muß ihr Instrumentarium überprüfen. Pauschale Senkungen der Unternehmenssteuern jedenfalls sind weder angebracht noch beschäftigungswirksam, aber eine Besteuerung nach der Gewinnverwendung mit kräftiger Begünstigung der investiven Verwendung dürfte hilfreich sein, und es ist dringend notwendig, Kriterien für eine gezielte Forschungs- und Innovationsförderung zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der Standortdebatte ist (wenn auch vereinzelt) auch betont worden, daß die Absatzerwartungen für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen wichtiger sind als die Gewinnhöhe. Nur eine kräftig steigende Gesamtnachfrage gibt positive Absatzsignale – ein Faktum, das bei künftigen Lohndiskussionen wieder stärker beachtet werden muß.

[8] Die Lohnquote (Anteil der Bruttolohn- und Gehaltssumme plus Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen) pflegt in Rezessionen zu steigen (eindeutig nachweisbar 1966/67, 1975 und 1981/82), was sie suspekt macht, sich aber mit den Verzögerungsprozessen bei der Lohnfindung erklären läßt. Für Veränderungen der Verwendung für Investitionen, Sparen oder Verbrauch ist die Nettoquote, bezogen auf das Volkseinkommen, aussagefähiger, weil nur über diese frei verfügt werden kann. Die jeweilige Brutto-/Nettodifferenz ergibt dann das Volumen der Transferzahlungen.

[9] Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsberichte November 1982, S. 60, und April 1995, S. 55. Als „Gegenkontrolle" meiner Differenzrechnungen in der Tabelle 2 noch ein Hinweis auf die Steuerstatistik: Die Summe aus veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuern betrug 1994 75,7 Mrd. DM, das sind 3,5% des Volkseinkommens. Die geringfügige Differenz zu den Werten (Direkte Steuern und ähnliche Abgaben) aus der Tabelle 2 erklärt sich daraus, daß in der Sparte „veranlagte Einkommensteuer" auch ein Rest von Arbeitnehmereinkommen erfaßt wird.